

Die Colte ist... Anmelden...

Saale-Beitung.

Heroldbürgerlicher Jahrgang.

Wenden die... Anzeigen...

Nr. 199.

Halle a. S., Sonnabend, den 30. April.

1910.

Die Entscheidung des Herrenhauses über die Wahlreform.

8. Sitzung vom Freitag, 29. April.

Am Ministertisch: v. Bethmann Hollweg, v. Nolte, Wahn... Präsident Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Die Wahlrechtsvorlage.

(Zweiter Tag.)

Die Einzelberatung wird beim § 6 fortgesetzt, der die Dritteling festlegt. Dazu liegt ein

Antrag des Frhr. v. Schorlemer

Der Antrag verlagert wesentlich den Zweck, die Mißstände zu beseitigen, die durch die Dritteling in den Urwahlsbezirken in den großen Städten und Industriestädten entstanden sind.

Frhr. v. Schorlemer.

Der Antrag verlagert wesentlich den Zweck, die Mißstände zu beseitigen, die durch die Dritteling in den Urwahlsbezirken in den großen Städten und Industriestädten entstanden sind. Es ist ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit, daß man in dem Augenblick, wo man den Einfluß der Minorität durch die Maximierung beschränken will, auch der Majorität, die unserem Wahlrecht nun unter der durch die Dritteling in den Urwahlsbezirken droht, entgegentritt.

großen Fortschritte verdanken, beruht auf der Erfüllung des liberalen Staatsgedankens. Preußen kann seine Stellung nur behaupten, wenn es den liberalen Staatsgedanken auch in seiner Verfassung und in seiner Gesetzgebung fortentwickelt.

nur von kurzer Dauer

sein wird. Die indirekte Wahl ist auf die Dauer nicht zu halten, weil es gar nicht möglich sein wird, technisch sie vollkommen durchzuführen. Viele Wahlanforderungen werden die Folge sein.

Oberbürgermeister Wilms-Popen:

Auch ich stimme dem Antrage Schorlemer zu, weil er geeignet ist, eine Reihe von Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Das allgemeine Wahlrecht kann für Preußen überhaupt nicht in Frage kommen. Da gilt das Wort: Nur die allergrößten Kämpfer wählen ihren Weg selber.

v. Wedel-Piesdorf:

Wir brauchen uns nicht darum zu kümmern, was das andere Haus machen wird, sondern wir tun einfach das, was wir für richtig und gut halten. (Beifall.) Im Abgeordnetenhaus haben die Konserverativen und das Zentrum die Vorlage angenommen.

Graf Oppersdorf:

Mit der Wahlvorlage sollen die Wünsche der bürgerlichen Parteien auf lange Zeit hinaus befriedigt werden. Wenn der Antrag Schorlemer angenommen wird, dann wird das nicht der Fall sein, dann ist der Zweck des Gesetzes verfehlt.

Die Kulturträgerparagrafen.

Die §§ 8 und 8a enthalten die Bestimmungen über die Kulturträger.

Prinz zu Schönau-Carolath:

Ich habe in der Kommission den Antrag gestellt, auch unsere alten Inwohner und Betreuer unter die Kulturträger aufzunehmen. Leider ist der Antrag abgelehnt.

Staatsminister a. D. v. Koeller:

Die Anregung, auch die Betreuer unter die Kulturträger zu bringen, ist mir sehr sympathisch.

Staatsminister a. D. v. Koeller:

Ueber die Kulturträger ist ein großes Geschrei erhoben worden. Es ist doch nicht richtig, daß nun jeder, der nicht dazu gehört, ein Träger der Kultur ist. (Beifall.) Man kann in der dritten Klasse ebenso gut sein Wahlrecht ausüben, wie in der ersten, ohne deshalb entrechtet zu sein.

neten und die Kreisstagsabgeordneten unter die Kulturträger zu rechnen. Sie dürfen hinter den Reichstagsabgeordneten nicht zurückbleiben.

v. Wedel-Piesdorf:

Dem preussischen Wahlrecht wird mit Recht der Vorwurf gemacht, daß es keine Rücksicht nimmt auf die Verhältnisse, welche Bildung und Einkünfte in die Bedürfnisse des Staates in so hervorragender Weise bewirkt. Das Institut der Kulturträger ist ein Versuch, diesem Mangel abzuhelfen.

Oberbürgermeister Wilms-Popen:

Beifall bedauere ich es, daß man nicht die Abschaffung eines Lehrereminars als zur Aufnahme in diesen Paragraphen ausserordentlich erachtet hat, denn die Lehrer sind doch die Kulturträger par exochen.

Prinz Schönau-Carolath:

Ich habe mich entschlossen, meinen Antrag, die Kriegsteilnehmer zu den Kulturträgern zu rechnen, wieder einzubringen. Ich empfehle den Antrag über wohlwollenden Berücksichtigung.

Graf von Wartensleben:

Als einer der ältesten Militärs hier im Hause liegt es mir am Herzen, den Antrag des Prinzen Carolath aus wärmste zu beifallworten. Viele Kriegsteilnehmer haben das bürgerliche Alter schon weit überschritten, so daß aus unserem Beifall keine schweren Konsequenzen hervorgehen können. (Beifall.)

Prinz Schönau-Carolath:

Der Antrag Prinz Schönau-Carolath will unter die Kulturträger aufnehmen diejenigen Kriegsteilnehmer, die an den Feldzügen von 1864, 1866 und 1870/71 ehrenvollen Anteil genommen haben. Der Antrag Koeller steht das gleiche für die Mitglieder eines preussischen Provinzialrats, Provinziallandtags oder Kreisrats.

Oberbürgermeister Koelle-Königsberg:

Ich möchte mich aus wärmste für den Antrag Prinz Schönau-Carolath ausprechen.

Minister des Innern v. Nolte:

Diese impulsiven Wünsche führen schließlich ins Unlose und erschweren die Annahme des ganzen Gedankens außerordentlich. Nebenfalls muß ich bitten, daß Sie sich auf die Beschlüsse Ihrer Kommission beschränken und ich muß namentlich dem Antrage überprüfen, daß neben den ehrenamtlich fungierenden Mitgliedern der Verwaltungsbehörden auch die Mitglieder der gewählten Vertretungsorgane in die Vorlage aufgenommen werden.

Staatsminister a. D. v. Koeller:

Streichen Sie die Reichstagsabgeordneten und die Landtagsabgeordneten aus der Vorlage heraus, und ich werde meinen Antrag zurückziehen. (Beifall.)

In der Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge bis auf den Antrag v. Wedel-Piesdorf abgelehnt und die § 7 der ursprünglichen Vorlage angenommen.

Nun wird der bisher zurückgestellte § 7, der die Bildung der Abteilungen behandelt, zur Beratung gestellt.

Dazu liegt folgender Antrag Koeller vor: 1. Entfallen in einem Stimmbezirk auf die erste Abteilung weniger als 5, auf die zweite weniger als 15 Wähler, so wird die Abteilung auf diese Wählerzahl durch Zuzahlung von Wählern aus der nächstfolgenden Abteilung ergänzt.

2. Die zweite Abteilung darf nicht weniger Wähler zählen als die erste, die dritte nicht weniger als die zweite.

Oberbürgermeister a. D. Koeller:

emphatisch den Antrag. Der Antrag will die Möglichkeit beseitigen, daß in der ersten Klasse nur ein oder zwei Wähler sich befinden.

aus trennt eine Weltanschauung, die bei ihm weit über 200 Jahre zurückgreift. Nach meiner festen Überzeugung ist Preußen nur dadurch groß geworden, daß es den liberalen Staatsgedanken mit aufgenommen hat. Vom liberalen Staatsgedanken war schon Friedrich der Große besesselt, Stein und Hardenberg und unser größter Staatsmann Fürst Bismarck. Die Geistesabgabe der letzten und achtziger Jahre, denen wir die

Das ist ein stetiger Grund zur Aufrechterhaltung. Früher oder später muß doch eine Änderung in dieser Hinsicht erfolgen. In der ersten Linie das Gesetz in Kraft, das eine Änderung recht fördert. Es liegt im Interesse der Dauer dieses Gesetzes und im Interesse der Einigung der verschiedenen Parteien, daß der Antrag zur Annahme gelangt.

Staatsminister a. D. v. Koelliker:
Der Antrag ist viel zu kompliziert. Denken Sie einmal, ein Gesetz hat in der dritten Abteilung 20 Mitglieder, in der zweiten 9 und in der ersten 5. Nun rufen die Kulturträger heran. (Heiterkeit.) Was Mann geben aus der dritten in die zweite hinaus, so daß in der dritten bleiben und in der zweiten 17 werden. Aus der zweiten rückt nur ein ganz hervorragender Kulturträger in die erste, so daß in der zweiten 16 bleiben. Also sind in der ersten 6, in der zweiten 16, in der dritten 12. Also sind in der dritten weniger als in der zweiten. Das soll nach dem Antrage nicht sein. Woher aber die Wähler nehmen und nicht lassen. (Heiterkeit.) Die Kulturträger werden sich schämen, wenn sie wieder zurückmarschieren sollen. (Heiterkeit.) Der Antrag ist nicht durchführbar.

Der Antrag Bedek wird auch gegen eine erhebliche Minorität abgelehnt. Für den Antrag stimmen u. a. die Staatssekretäre v. Trippl, Visco und die Minister Bederer und v. Arnim.

Der § 7 wurde unbeschadet nach der Regierungsvorlage angenommen, ebenso die §§ 9-14.

Bei § 15, der über den Kreis, aus dem die Wahlmänner ernannt werden können, Bestimmungen trifft, liegt ein Antrag **H a m m** vor:

„In ländlichen Stimmbezirken können auch Wahlmänner aus einem angrenzenden ländlichen Stimmbezirk gewählt werden.“

Oberlandesgerichtspräsident a. D. **H a m m** begründet den Antrag.

Staatsminister a. D. v. Koelliker erklärt sich auf das allerentschiedenste gegen den Antrag. Ein mit den ländlichen Verhältnissen vertrauter Herr könnte unmöglich einen solchen Antrag stellen. (Sehr richtig!) Der Richter spielt aber auf dem meisten Gütern eine viel größere Rolle, als die Herren in der Stadt. Ich bin davon überzeugt. (Sehr richtig!) Unter Nachbargemeinden sind mitunter schon viele Familien, und es könnte leicht vorkommen, daß die Bewohner der Nachbargemeinde herausbringen will, um einen von der eigenen Gemeinde hineinzubringen. (Zusimmung.)

Der Antrag wird abgelehnt, § 15 angenommen, ebenso unbeschadet der Rest des Gesetzes.

Es liegt dann der Antrag **V o r t** von **W a r t e n b e r g** vor: Die Bestimmungen dieses Gesetzes können auf dem obersten Wege der Gesetzgebung nur mit der Maßgabe abgeändert werden, daß in jedem der beiden Häuser eine Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungen erforderlich ist.

Graf Vort von Wartenberg sieht seinen Antrag zurück, da er dessen Schicksal voraussetze. (Beifall. Auf: Nicht so!).

Graf Fint von Hindenburg-Söhnberg: Wir sind durch die gelte Erklärung des Ministerpräsidenten bezüglich des Antrages Vort Ritter enttäuscht worden. So lange der jetzige Ministerpräsident an der Spitze steht, wird schon den Bestimmungen nach weiterer Demokratisierung des Wahlrechts entgegengetrieben werden. Aber durch die Einbringung der Vorlage und durch die Beschlässe des Hauses ist doch notwendig ein Schritt genommen und es ist doch durchaus kein Geheimnis, daß große Parteien im Lande diesen Schritt eben nur als ein gewonnenes Bollwerk betrachten und der Ansicht sind, daß nach und nach die ganze Stellung des allgemeinen gleiches Wahlrechts erobert werden wird. (Sehr richtig!) Da sollte es der Regierung, die ich mit einem Fortschrittsoffizianten vergleichen will, nur lieb sein, wenn die Forts verläßt werden, und eine derartige Reorganisation der Forts würde ich in dem Antrage Vort erblicken. (Sehr richtig!) Nachdem die gesamte Wahl angenommen und nachdem der Antrag Vort zurückgezogen ist, bin ich zu meinem lebhaftesten Bedauern nicht mehr in der Lage, für das Gesetz zu stimmen. Ich glaube nicht allein dasjenige, sondern dies im Namen eines großen Teils meiner politischen Freunde erklären zu können. (Beifall.)

Überprüfung und Einleitung werden angenommen. Es folgt die namentlich ist.

Gesamtabstimmung

Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 140 gegen 94 Stimmen. Dafür stimmen u. a. Oberbürgermeister a. D. **B e d e r**, **D r. v. B i t t l i n g e r**, **P r i n z v. S c h ö n a c h - C a r o l a t h**, **G r a f H e n d e l - D a n n e s m a r z**, **G r a f v. H a e l e l e r**, **v. o n H a n t e**, **D r. H a m m**, **H a n i e l**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r H a l l e (Helm)**, **v. o n H o l l m a n n**, **F r e h r. v. L a n d s b e r g**, **S e i n t r u p**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r L e h r (Duisburg)**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r M a z z (Dülstedorf)**, **K r u p p v. o n S a l e n - H a l d a b**, **G r a f M i r b a c h - S o r a n t t e n**, **G e h m e i n t e r R i f f e n (Sonn)**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r D r. D e h l e r (Cresfeld)**, **G r a f v. H u t t e n - G r a p s i**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r S p i r i t u s (Sonn)**, **H ü s t z u S t o l b e r g**, **W e r n i g e r o d e**, **H ü s t z u H a s e l d**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r W a l t r a (Köln)**, **v. o n W e b e l - P i e s s d o r f**, **D r. W i m m (Helm)**.

Dagegen stimmen u. a.: **O b e r b ü r g e r m e i s t e r D r. C o n t a g (Mochberg)**, **B u r g g r a f v. D o h n a - S c h o d t e n**, **H ü s t z u D o h n a - S c h o d t e n**, **G r a f D r a s e**, **v. o n W i s t e n b e r g**, **D r. v. D j e m b o w s k i**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r F i n d (Elsfeld)**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r J a n g e h l a d t (Münster)**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r R i e d i c h e r (Köln)**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r R ö t e K a n i g s b e r g**, **G r a f v. D i p p e r s d o r f**, **B e r g v. o n A r e n b e r g**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r N i e t e z (Hannover)**, **a. D.**, **F r e h r. v. o n R i c h t o f f e n (Damsdorf)**, **H ü s t z u S a l m - S a l m**, **G r a f v. o n S c h l e i f f e n**, **O b e r b ü r g e r m e i s t e r S c h u t t e r u s (Charlottenburg)**, **G r a f v. o n S c h w e r z**, **G r a f V o r t v. o n W a r t e n b u r g**, **P r o f e s s o r D r. J o r n (Sonn)**.

Ein Antrag des Oberbürgermeisters **B a l l z a (Köln)** fordert noch eine Berichtigung der Zahl der Abgeordneten nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse.

Oberbürgermeister Bender (Breslau) empfiehlt den Antrag. Die Parteien, die dem Wahlrecht noch anhaften, müssen möglichst beseitigt werden. Besonders die großen Städte leiden darunter, daß sie weniger Rechte haben als das platt Land. Wir würden den Sozialdemokraten den Wind aus dem Segel nehmen, wenn wir für eine würdige Vertretung der Städte im Abgeordnetentage sorgen. Gegen die Übermacht des Landes gegenüber den Städten ist zuerst wenig auszurichten. Selbst kleinere Städte müssen die Schulden selber tragen, während das Land mit Aufschüben bezahlt wird. Das ist ein Übel der Gesetzgebung. Sie überzeugen uns, wenn Sie die bisherige Zustände beseitigen lassen. Glauben Sie denn, es kann Ruhe im

Land eintreten, wenn diese Ungerechtigkeit weiter besteht? Wir protestieren gegen die bisherige unbillige Behandlung der Städte. (Beifall.)

Professor Dr. Wagner-Berlin:

Obwohl ich unbedingt Gegner des allgemeinen gleichen Wahlrechts bin, kann ich mit andererseits Bedenken gegen das bisherige Landtagswahlrecht nicht verhehlen. Wir brauchen vor allen Dingen in Preußen eine Landesvertretung, die sich durchaus bemüht ist, daß der preussische Staat der Kern des deutschen Reiches war und ist und bleiben wird. (Beifall.) Aber man muß sich auch klar sein, daß es wirtschaftlich und soziale Entwicklung mit sich gebracht hat, daß das preussische Wahlrecht nicht mehr genügend gleichmäßig gerecht wirkt. Ich liebe durchaus auf dem Boden der konservativen Anschauung. Es ist aber Tatsache, wir sind mehr in eine industrielle und städtische Entwicklung hineingekommen und das geht es nicht auf die Dauer an, daß der Weilen, zum Teil die Wille der Monarchie, gegenüber dem Fleiß benachteiligt werden. Meine Sympathie geht mehr auf Seiten der agrarischen Interessen. Aber ich kann als Hochmann doch nicht leugnen, daß die Interessen des mobilen Vermögens mehr und mehr im Fortschreiten begriffen sind. Wir müssen mit einer härteren Entwicklung der Städte und der Industriebezirke rechnen. Ich möchte leibhaftig, daß der Antrag Wallat endlich in Erwägung gezogen wird und ob jetzt nach der Reform des Wahlrechts der weitere größere und wichtigere Schritt gerade zur Erhaltung dieses Wahlrechts gelassen müßte, in der Beilegung der Ungleichmährigkeiten und Ungerechtigkeiten. (Sehr. Beifall und Händelatschen.)

Herr v. Sulz: Wenn wir jetzt an der Wahlkreisenteilung rütteln, so kann das zu kämpfen führen, deren Ende nicht abzusehen ist. Wir haben immer die Bedeutung der Städte anerkannt. Die preussischen Städte haben sich entwickelt in einer Weise, die vor 30 Jahren niemand für möglich gehalten hätte, und die weit hinausgeht über die wirtschaftliche Entwicklung des platten Landes. (Sehr richtig!) Vielleicht liegen in den Städten klügere Leute als auf dem Lande, aber die Städte sind auch die Stütze der Sozialdemokratie, die es als Witz bezeichnen, wenn man sie für konservativ nennt, die den Verlustungsdank als eine Förmlichkeit bezeichnet, die die Revolution auf ihre Fahne geschrieben hat. Da dürfen wir den Einfluss der Kreise nicht schädigen lassen, in denen die konservativen Parteien zu finden sind, zugunsten der Kreise, wo die Sozialdemokraten sitzen. (Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Bender (Breslau): Die Entwicklung der preussischen Städte ist nicht der Gesetzgebung zu verdanken, sondern natürlichen Erscheinungen des Lebens, der Bevölkerungszunahme usw. In Eingemeindungstragen lie die Städte in einer Weise behandelt, die man gar nicht recht verstehen kann. Wir haben keinen Grund zu danken, sondern Klagen zu erheben. Wenn die Regierung, losgelöst von agrarischen Interessen, die Interessen der Städte im Auge gefaßt hätte, dann müßte sie für die Erhaltung der Wälder in der Umgebung der Städte sorgen. Das Wort „Königreich“ soll man nicht ironisch gebrauchen. Die ganze soziale Anstalt gegen die Sozialdemokratie ist ein Unglück. Wir wünschen wohlwollende Gerechtigkeit auch gegenüber den Sozialdemokraten und nicht eine ablehnende Haltung in der Art, daß man den Kopf in den Sand steckt. Ich betradte es beinahe als ein Glück, daß ein paar Sozialdemokraten in den Landtag gekommen sind. (Intruse.) Eine Partei, die Millionen Wähler hat, muß auch im Landtage vertreten sein. Ich habe mich auch gefreut, daß in unsere Stadtordnungsversammlung ein paar Sozialdemokraten kamen. (Hol und Intruse.) Ich bebauere nicht die Art, wie von einem agrarischen Vertreter die Städte mit ungerechten bitteren Vorwürfen im anderen Hause bedacht worden sind.

Oberbürgermeister Rötze (Königsberg): Wolte man die Petitionen der Städte als ungeeignet zur Verhandlung im Plenum erachten, so wäre das denn doch eine gar zu schwere Form der Ablehnung. Ich bitte Sie, die Petitionen der Städte durch die vorher geäußerten Beschlüsse für erledigt zu erklären, aber sie nicht als ungeeignet zur Verhandlung hinauszustellen.

v. Webel-Piesdorf: Wir stehen auf dem Boden der Städteordnung, die keineswegs veraltet, daß unter keinen Umständen eine allgemeine politische Angelegenheit in einer Stadt behandelt werden darf. Lokalität abbrechen und Beschlüsse zur Unterbindung von Wohlthätigkeitsangelegenheiten wird man die Stadtordnungsversammlungen nicht unterlegen können.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag **W a l t r a** wird abgelehnt.

Ein Antrag **R ö t z e**, die Petitionen für erledigt zu erklären, wird abgelehnt; sie werden als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Damit ist die zweite Beratung der Nachtragsvorlage erledigt. Das Haus vertagt sich. Die nächste Sitzung mit der zu wiederholten Abstimmung findet etwa am 22. Mai statt.

Abgeordnetenversammlung

Freitag, den 29. April.
Am Ministertisch: **F r e h r. v. M e i n b a u e n**, **v. T r o i t z u S o l z**. **Präsident a. R. F r e h r.** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Er erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kronprinzen die Geburtslogogladimünde des Hauses zu übermitteln. Auf Wunsch der Regierung wird zunächst der Nachtragsantrag für das Königliche Operaus in Berlin und für den Bau einer Schulkauer auf Helgoland behandelt.

Der Umbau des Berliner Opernhauses.

Abg. v. Arnim (Helm): Wir stimmen dem Nachtragsantrag zu, weil wir uns von der Notwendigkeit der Forderung überzeugt haben.

Abg. Reich (Helm): wünscht eine bessere Kontrolle der Aufwendungen.

Unterhaussekretär F r e h r. v. C o e l s erklärt, daß der Umbau im Interesse der Sicherheit des Publikums und der Käufer notwendig sei. Die Aufgrentreppen müssen bleiben.

Abg. Dr. V a s h i n e (Helm): weist auf Mängel im Ausbrotreibe des Opernhauses hin.

Finanzminister F r e h r. v. M e i n b a u e n: Der jetzige Zustand des Opernhauses widerspricht den sicherheitspolizeilichen Bestimmungen. Wir müßten es am 1. Mai schließen und private Theaterräume am 15. Juni 10 Jahre mieten, weil wir unmöglich ohne Opernhaus auskommen können. Die Ersetzung eines Privattheaters würde natürlich sehr viel Geld kosten. Die Stadt Berlin sollte das Operaus erwerben; dann hätte sie eine vornehme Repräsentationsstätte, an der sie internationale Kongresse empfangen und vornehme Musik pflegen könnte.

Abg. Dr. Remdt (Helm): stimmt der Vorlage zu.

Abg. R i s t (Helm): regt Schaffung eines Kongreßsaales im Operaus an, zwecks Entlastung der Räume des Reichstages und des Landtages. Der Nachtragsantrag wird darauf angenommen, ebenso der Titel des Bauvertrages, der für die Schulkauer in Helgoland als Preis 250 000 Mark fordert. Die zweite Lesung des

Kunstinsetats

Kunst und Wissenschaft
fortgesetzt.
Abg. v. Kerckhoff (Helm): begrüßt den Erwerb der Florabüste, auch wenn sie unecht ist.

Abg. Eidhoff (Helm): Die Jubiläen am Kunstgewerbeausstellung sind nach wie vor unmöglich. Dadurch, daß man sich mit Affekten beschäftigt, öffnet man der Mittelmäßigkeit Tor und Tür. Bei der Positionierung der Lehrer herrschen große Mängel.

Abg. v. Neumann-Gravenhorst (Helm): erkennt die Berechtigung der Beschwerden des Vorstanders an, Erzenfiehlt, daß am Kunstgewerbeausstellung nunmehr der praktische Unterricht wieder mehr gepflegt werde.

Abg. Hammer (Helm): Ich leiste ich den Klagen des Abg. Eidhoff an und bebauere vom Standpunkte des Handwerks, daß die Abendkassen so stark eingeschränkt seien.

Gehmeintr Schmidt verteidigt die Zustände an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbeausstellung.

Abg. N i c h a r d t (Helm): rigt, daß die vom Staats begründeten Kunstwerkstätten zu privaten Zwecken benutzt würden.

Abg. F r e h r. v. W o l f - M e i t e r n i s h (Helm): befürwortet Erhöhung des Anlaufausbe.

Abg. Engelbrecht (Helm): verlangt einen weiteren Ausbau des meteorologischen Instituts zu Berlin und größere Pflege der Klimafunde. Darauf teilt eine bessere Ausgestaltung der sehr wichtigen Wetterkarten und Wetterberichte zu erwarten.

Abg. J ü r i n g e r (Helm): befürwortet eine bessere Ausgestaltung des biologischen Instituts auf Helgoland.

Abg. Dr. Wa g n e r (Helm): regt Feuerungsanlagen für die Sanitätsbauten an.

Abg. v. A l t y (Helm) und F i n d e n (Helm): fordern weitere Bereitstellungen für die Akademie in Köln.

Kunstinminister v. T r o i t z u S o l z erklärt, daß er die Akademie stets fördern werde. An die Akademie soll ein Fortbildungskursus für Mittelstufe angegliedert werden. Den Pflanzlingen sollen von der auf der Akademie verbrachten Zeit zwei Semester angeschlossen werden. Die Begründung einer Intermittenz in Köln steht nicht auf der Tagesordnung. In den nächsten Tagen soll eine Order erlassen werden, wonach nach einseitigem Besuch der Akademie eine Diplomprüfung möglich sein soll, allerdings ohne Berechtigung. Weitere Bereitstellungen kann ich zuerst nicht in Aussicht stellen.

Abg. W i g n a n n (natl.): fordert ein Naturdenkmal-Schutzgesetz.

Abg. F r e h r. v. W o l f - M e i t e r n i s h (Helm): fordert Maßnahmen zur Erhaltung des Raubwaldes.

Abg. Hammer (Helm): fordert Heimatmuseen und Unterbindung der Bestrebungen zur Fortschreibung germanischer Geschichtsdenkmäler, besonders in Oldenburg.

Abg. W i g n a n n (natl.): verlangt Staatsbeihilfe zur Erhaltung der Stadtsparkasse in Goldberg in Esß.

Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ wird genehmigt. Es folgt das Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“.

Abg. v. d. Osten (Helm): bepricht die Austauschverträge auf den Hochschulen und schlägt vor, die Bedingungen für die Zulassung von Ausländern zu verschärfen.

Abg. F i n t (natl.): fordert eine Erweiterung der Hochschule in Hannover und einen Beschluß für Jngtechnik.

Abg. R e i n h a r d t (Helm): stimmt zu.

Um 1/2 Uhr verlangt das Haus die Weiterberatung auf abends 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

75. Sitzung vom 29. April, 2. Uhr.

Handelsabkommen aus Ägypten.

Ohne Debatte wird es in erster und gleich auch zweiter Lesung erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzesvorlage betr. Gewährung von je 1500 Mark Däten für die Mitglieder der Kommissionen für die Vorbereitung der Reichsverfassungsergänzung und der Strafrechtsordnung. Die Kommissionen sollen bekanntlich im Sommer tagen.

Debatte geht die Vorlage an eine Kommission. Weiter liegt auf der Tagesordnung die zweite Lesung der Gesetzesvorlage betr. 23. Will. reichliche.

Anfahndausgaben für Südwestafrika.

Abg. Semler (natl.): als Reichstagsrat weist auf die Verhandlungen über den in der Kommission eingebrachten und von ihr abgelehnten Ergänzungsantrag, steuerliche Veranziehung einiger Gesellschaften in Südw. weist, kurz hin.

Abg. Erzenberger (Helm):

In der Kommission haben alle Personen, Beamte und Vertreter in Südw. die mit der Politik des Staatssekretärs nicht zu finden sind, mehr oder weniger Spielräume laufen müssen. Alle sind sie, einseitig durch die südw. afrikanischen Presse, schweren Angriffen ausgesetzt worden. Und wenn der Gouverneur Schumann von seinem Urlaube nicht wieder nach Südw. zurückkehrt

Es ist nicht möglich, die hier abgedruckten Artikel vollständig abzuheften, da sie in einem sehr dicken Buch enthalten sind. Es ist jedoch möglich, die Artikel einzeln nachzufragen. Bitte wenden Sie sich an die Redaktion der „Deutschen Reichszeitung“.

lo flort auch das offener vor, dass er mit der großpolitischen Politik des Staatssekretärs nicht einverstanden ist. Überwiegend aber hat auch der Staatssekretär gemeint, die Petition der Südwelt-Afrikaner sei wohl nicht in der Kolonie einzuhandeln. Sogar nicht hat er mit der Petition in Verbindung gebracht. Sogar nicht habe ich damit nichts zu tun. Meinen Antrag hat tatsächlich habe ich mit nichts zu tun. Meinen Antrag hat tatsächlich habe ich mit nichts zu tun. Meinen Antrag hat tatsächlich habe ich mit nichts zu tun.

mäßigen Abfindung gehen. Natürlich müssen die Kosten der Kolonien auch von dem Reichtum in den Kolonien aufgebracht werden. Aber jede Kriegsteuer lehne ich prinzipiell ab. (Beif. Weiden rechts und links.)

Abg. Dr. Deißler (konj.): Meine politischen Freunde haben es im Gange der Staatssekretär grundsätzlich für zulässig, daß die teilnahmeberechtigten Schultern in den Kolonien zu einem einmaligen Beitrag zu den Kriegskosten herangezogen werden, natürlich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit. In die allgemeine Erregung über Herrn Erzberger können wir nicht einfließen.

Abg. Dr. Semler (nl): Wenn Herr Erzberger schon angefragt worden ist, so ist er selbst daran fehl. Sein Antrag müßte wie ein Explofionsstoff wirken. Zur Kolonialpolitik des Staatssekretärs haben wir Vertrauen und die Freude an dieser Politik ist bis in die kleinste Sülte gedrungen. Würde der Antrag Erzberger angenommen werden, dann würde sich das deutsche Kapital gänzlich aus den Kolonien zurückziehen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, 1 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Bundesratsführung.

aus Berlin, 28. April, wird uns gemeldet: In der heute unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretärs des Innern Dr. Deißler abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Reichsstaatsrechtes, die Zustimmung erteilt. Annahme fanden die Vorlage, betreffend Erleichterung bei der Einfuhr ausländischer Zündhölzler, sowie die Vorlage wegen Ergänzung der Bundesanwaltschaft-Ausführungsbestimmungen sowie der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Einziehung von Reichskassenzeichen, sowie der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Behandlung der noch im Umlauf befindlichen Einmalstücke deutschen Gepräges. Die Vor schläge für die Abänderung und Ergänzung des amtlichen Wapenverzeichnisses zum Zolltarif und der Anleitung für die Zollabfertigung und die Vorlage, betreffend den Zollverwaltungsstellenrat für das Großherzogtum Oldenburg, wurden genehmigt. Schließlich wurde über den Status eines Reichsbeamten gegen seine Verlegung in den Ruhestand und über verschiedene Eingaben in Zoll- und Steuerfachen Beschluß gefaßt.

Das Kaiserliche in Süddeutschland.

L. C. Ueber das Kaiserliche und Württemberg schreibt Abg. Storz in dem „N. Stuttg. Tagbl.“: Er hebt hervor, daß gegenwärtig ein Rumpfbund mit 55 Werten besteht, 3 Werte seien außerhalb. Ende 1910 würde es 80 Werte und in 3 Jahren 100 Werte in Deutschland geben. Storz fährt fort:

„Ein großes Werk, die „Amalie“, ist im Dezessatz im Entstehen begriffen, und damit tritt aus Süddeutschland in die Produktion ein. Norddeutschland hat ein Interesse daran, daß Süddeutschland nur ein Arbeiter bleibt. Dagegen muß Süddeutschland und besonders Württemberg wünschen, ein Transportsystem zu sparen und seinen Arbeitsbedarf aus der Nähe zu beziehen.“

Den Interessen Württembergs widerspricht auch das von der Regierung vorgeschlagene Zwangsallindikat. Unsere Landwirtschaft und Industrie zu zwingen, abnorm hohe Preise für Rast zu bezahlen, nur damit die Däubenden der norddeutschen Rast-Interessenten kein Einbuße erleiden, unter Land mit den Verlusten aus jenem Ausbauprojekt zu bezahlen, ist doch eine harte Zumutung. Wir können nur wünschen, daß die offenbar sehr günstigen Produktionsverhältnisse der oberwähnten Rast-Gewerkschaft zu einer wesentlichen Ermäßigung der Rastpreise uns zugute kommen.“

Gegen die Selbständigmachung Einbußbringens. * Wie eine parlamentarische Korrespondenz mitteilt, hätten gegen den Entwurf zur Erhebung Gleichzeitigkeiten zu einem selbständigen Bundesstaat verschiedene Bundesstaaten Einsprüche erhoben, die sich gegen die Durchführung der preussischer Stimmen im Bundesrat richten, die durch den Entwurf bedingt sei. Die endgültige Verabreichung im Bundesrat sei vorläufig auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden.

Aus den Kolonien.

Der Landesrat von Südweltafrika zu dem neuen Vertrag. Der Landesrat von Südweltafrika hat, nach einer der „Deutschen Tageszeitung“ ausgegangenen Windunter Depeche, beschlossen, um telegraphische Mitteilung des neuen Vertrages mit der Kolonialgewerkschaft zu erlauben. Die Landabteilung ohne Begründung ist wertlos, da sie zweifellos erfolgt, um der Verteuerung zu entgegen. Weiter heißt es: „Wir schließen dem Staatssekretär die Verantwortung zu, falls durch unzulässige Uebereilung des Vertragsschlusses ohne Abklärung des Landesrat's der Fiskus Schaden leidet. Verbesserungen sind unweifelhaft möglich. Der Landesrat ist zu wirksamen Eingebungen nach Kenntnisgabe des Vertragstextes bereit. Wir empfehlen gegen die Aufhebung des Heiligen Erbschlechts (12 des Februar-Artikl-Vertrages 1900) und des heiligen Obergericht's zugunsten dertiger Erbschlechts mit landfremder Bestzung ohne Garantie erspöndlicher Information durch das Kolonialamt.“

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser nahm, wie uns unserm gefrigen Datum aus Mch telegraphiert wird, vormittags im Generalkommando den Vortrag des dort eingetroffenen Kriegsministers, Generals der Infanterie von Heering entgegen.

Ausland.

Die Protestnote des Vatikans. — Das Vatikan hat jetzt an die bei den katholischen Mächten Gesandtschaften in angeforderte Protestnote gegen die Monarchie des Kaiserlichen Albert von Monaco verfaßt. Die Note bezieht sich auf die Komfart des Fürsten Albert von Monaco als eine Kränkung

des Heiligen Stuhles und erklärt, die Note würde einen Verleumdungsfall schaffen, wenn der Vatikan nicht gegen sie protestierte. Gestern abend hat der Fürst Rom wieder verlassen.

Zur Lage in Albanien.

* Ueber die Auffassung, die man von der Lage in Albanien in Wiener diplomatischen Kreisen hegt, geben folgende Aeußerungen eines mit den Balkanfragen durchaus vertrauten hochgestellten Diplomaten Aufschluß: „Der Aufbruch in Albanien“, erklärte dieser, „ist viel ernster geworden, als man erwartet hatte, und es wird sicherlich geraume Zeit vergehen, bis die Ruhe wieder vollständig hergestellt wird. Die Hauptursache ist zunächst, daß die Türken militärisch das entscheidende Uebergewicht erhalt und den Albanen mit den Waffen immoniert. Dies wird nach dem letzten Stande der Dinge nicht ohne schwere Kämpfe möglich sein, aber es wird höchlich der Arbeit zweifellos gelingen. Damit ist aber nur die Hälfte der Arbeit getan. Da eine dauernde Besetzung Albanien's zu schwierig wäre und zu große türkische Kräfte an Albanien festhalten würde, ist es notwendig, daß sofort nach der militärischen Passivierung Albanien's eine kluge und sachliche Reformarbeit beginnt, die sowohl die Oberhoheit der Türkei wahrt als auch den Albanen an Freiheiten läßt, was möglich ist. Die Türkei darf nie vergessen, daß besonders das mohammedanische Albanische Element eine der stärksten Stützen der europäischen Türkei ist und muß danach handeln. Daß Bulgarien, Serbien oder Montenegro den Aufbruch zu Aktionen benutzen könnten, ist schon deshalb unbedenklich, wenn in diesem Falle sofort ein Friedensschluß zwischen der Türkei und den Albanen erfolgen würde und die letzteren sich auch sofort gegen jede Einmischung von außen wenden würden.“

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 30. April.

Sprachheilklassen.

Mit Sprachheilklassen für sprachgebrechliche Kinder des ersten Jahrgangs hat die städtische Schulverwaltung im kürzlich begonnenen Schuljahr einen Versuch gemacht.

Seit einer Reihe von Jahren schon sind innerhalb der hiesigen Volksschulen Sprachheilklassen gebildet worden, in denen an Stottern, Stammeln und sonstigen Sprachgebrechen leidende Kinder aus den verschiedensten Klassen und Altersstufen vereint wurden, um in wöchentlich etwa vierstündiger Unterrieht — neben dem gewöhnlichen — von sachkundigen Lehrern sprachliche Unterweisung auf Grund praktischer Atem- und Sprachübungen zwecks Heilung ihres Sprachgebrechens zu erhalten. Nachdem mit diesem Verfahren bereits recht gute Erfolge erzielt worden waren, ist man in diesem Jahre dazu übergegangen, neben diesen melder bestehenden Sprachheilklassen für Kinder der Mittel- und Oberstufe noch besondere Sprachheilklassen einzurichten, in denen die zu Eltern des 3. Schuljahrs angeordnet, mit einem Sprachgebreche behafteten Knaben und Mädchen vereint worden sind. Die Kinder dieser Sonderklassen erhalten genau denselben lehrplanmäßigen Unterricht wie die normalen Anfangsklassen, nur ist durch eine bedeutende Herabsetzung der Klassenfrequenz den Lehrern die Möglichkeit geboten, in eingehender Weise auf das vorhandene Sprachgebrechen der Kinder Rücksicht zu nehmen und an seiner Beseitigung zu arbeiten. Mit die Heilung erfolgt, was in den meisten Fällen innerhalb eines Jahres geschehen dürfte, so treten die geheilten Kinder in die Normalklassen zurück.

Es sind in diesem Jahre zwei solcher Sprachheilklassen eingerichtet worden, eine für den Süden der Stadt im Schulhause Taubenstraße mit 21 und eine für den Norden im Schulhause Friedenstrasse mit 19 Kindern. Die Führung der Klassen liegt in den Händen von für diesen Zweck besonders vorgebildeten Lehrern, der Herren Hoffmann und P. Schönele.

Kreislehrerkonferenz.

Die diesjährige Kreislehrerkonferenz für die Lehrerschaft der hiesigen städtischen Volksschulen findet unter dem Vorsitz des Königlich Kreisinspektors, Herrn Stadtschulrat Wendt, am Mittwoch, den 22. Juni d. J., von vormittags 8 Uhr ab im Saale der Altan Volksschule, Neue Promenade, statt.

Zur Verhandlung kommen die von der Königlich Regierung zu Merseburg gestellten Themen. Ueber das erste: „Die Gefahren, welche der Jugend durch die Schund- und Schmutzliteratur drohen, und ihre Bekämpfung durch die Schule“ wird Herr Lehrer G. Richter referieren, während Herr Lehrer Tsch den Vortrag über das zweite Thema: „Wie ist in der Schule das Leben des jugendlichen Schülers darzustellen und zu behandeln?“ übernehmen hat.

Die Automotoren der Feuerweh.

— eine elektromotile Gaspöpsel und der elektromotile Kranwagen — sind nunmehr fertiggestellt und der Feuerweh übergeben worden. Gestern wurden damit Probefahrten gemacht. Wahrscheinlich erfolgt heute die definitive Abnahme.

Die Fahrzeuge erregten wegen ihres geräuschlosen Ganges allenthalben in den Straßen Staunen.

Schulsparkassen.

Dem Gedanken der Einführung von Schulsparkassen scheint man nunmehr auch in unserer Stadt ernstlich näher treten zu wollen.

Die Meinung über die Zweckmäßigkeit solcher Kassen war innerhalb der für ihre Einrichtung und Verwaltung allein in Betracht kommenden Berufschaft bisher zum mindesten geteilt, wenn nicht sogar der Mehrzahl nach abweisend. Die vielen guten Erwägungen indes, die man wiederholt — allerdings meist in hiesigen Vorständen — damit gemacht hat, haben den Wunsch nahe gemacht, auch ihre weitere Erörterung vorzunehmen. Mit Genehmigung der hiesigen hiesigen Verwaltung der hiesigen Schulverwaltung ist deshalb zunächst an einer hiesigen Volksschule seitens ihres Leiters und einer Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen eine solche Schulsparkasse nach einem von



Lehrer Kottwitz'schen Offen ausgebauten vereinfachten System eingerichtet worden.

Das von den spendenden Kindern wöchentlich scheinungsweise gesammelte Geld wird durch den Einleiter sofort auf ein gemeinschaftliches Sparbuch der städtischen Sparkasse eingezahlt und dort verzinzt. Die Ersparnisse nebst den aufzunehmenden Zinsen werden nur — außer bei Todesfall oder Wegzug — bei der Konfirmation an die Sparer zurückgezahlt und dienen gerade zu diesem Zeitpunkt den ärmeren Familien hoch willkommen sein.

Wie uns mitgeteilt wird, erfreut sich die jüngst nur als ein Versuch anscheinende Einrichtung bereits jetzt großer Beliebtheit bei Eltern und Kindern. Nach kaum dreiwöchigen Bestehen der Schulparkasse betreffen sich bereits nahe 400 Kinder mit großer Lust am Sparen, und die in dieser kurzen Zeit zusammengeparnte Summe beläuft sich bereits auf etwa 440 Mark.

Jahrs das Beispiel dieser einer Schule bei den übrigen Anstalten finden dürfte mit einer späteren allgemeineren Einführung von Schulparkassen in unserer Stadt zu rechnen sein.

Wandfahrplan. Infolge des ersten Ergänzungsblasses der Königl. Eisenbahndirektion Halle bitten wir unsere geschätzten Leser, von folgenden Verändierungen Kenntnis zu nehmen und diese auf unserem Wandfahrplan zu vermerken:

- Nr. 1: Zug 1.16 ab Halle führt 2.—4. Wagentafel; Zug 10.33 ab Halle führt 1.—3. Wagentafel; Nr. 2: Zug 4.41 ab Eisenach führt 2.—4. Wagentafel; Nr. 3: Zug 2.27 ab Reichenbach führt von Reichenbach bis Corbecha 3 Minuten später, also 3.15, 3.23, 3.35; Nr. 4: Zug 9.00 ab Leipzig hält in Reudewitz 9.10.

Weitere im Laufe der Zeit noch eintretende Veränderungen werden wir bekannt geben.

In der Neumarktsgemeinde ist eine dritte Pfarrstelle errichtet worden; für sie ist, dem Wunsch der Gemeindefürsorgenden entsprechend, der schon seit Jahren in der Gemeinde wirkende Hilfsprediger Erich Förster von Königl. Konsistorium beauftragt worden. Er ist der jüngste Sohn des um unsere Stadt verdienten, 1898 heimgegangenen Superintendenten D. Förster.

Die Weiterprüfung im Schmiedehandwerk bestand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Herr Ernst Rogoll-Großschäfer. Er erhielt dadurch das Recht zur Führung des Meistertitels sowie der Besichtigungsleitung.

Die Rettungswache am Bande wurde Herrn Postbaupinspektor Wilhelm Döbele II hier verliehen.

Gerichtsverhandlungen.

Die Irrenhaus-Affäre einer Amtsgerichtsrätin.

S. & H. Meinungen, 20. April. Die heutige Verhandlung wurde mit der Vernehmung der pinguistreichen Sachverständigen Prof. Dr. Berger (Zena), Geh. Rat Binswanger (Zena) und Geh. Medizinalrat Dr. Fiech (Leipzig) angefüllt, nach deren Aufklärung Frau Burckhardt erblich heilbar ist; die Herren Sachverständigen sehen eine konstitutionelle Anomalie als vorhanden an. Geh. Rat Dr. Fiech steht auf dem Standpunkt, daß bei Frau Burckhardt eine ganze Anzahl pathologischer Dinge vorhanden wären, und solange sie sich davon und von ihren Bahndamen nicht frei machen könne, könne er sie auch nicht für gesundheitsfähig erklären. Das tue ihm leid, weil die Aufhebung der Entmündigung sie vielleicht ruhiger machen würde. Aber hier heße auch nur zur Frage, ob sie im Februar v. J. gesundheitsfähig war, und darüber bescheide auch bei ihm kein Zweifel.

Im Herbst hierfür ein Baubureau errichtet werden, das die dann daranbeginnenen praktischen Vorbereitungen leitet. Das ganze Projekt ist auf über 5 Millionen Mark veranschlagt worden.

Goswig, 28. April. (Mit dem Geschirre die Gfhe.) Als heute nachmittag bei den Genußgesellschaften untergebracht die Erde Grund mit seinem Wagen die stehende Straße hinabfuhr, vermag er das Geschirre nicht zu halten und stürzte mit ihm in die Tiefe. Bei den Augen seiner Begleiter ertrank er. Leiche und Wagen wurden vom Strom fortgerissen und konnten noch nicht gefunden werden.

Gersfeld, 27. April. (Durch Kochende Milch) die das acht Monate alte Mädchen des Schreiners Sr. Himmann vom Tisch auf sich herabließ, wurde es so hart verbrüht, daß es an den Brandwunden starb.

(Weida, 26 April. (Schulbau.) Der Gemeinderat bewilligte für den Neubau einer 16klassigen Schule die Summe von 242 000 Mk.

(Mauen, 28. April. (Sich selbst bei Morde beizügelt) hat sich ein Mann aus Dresden, der sofort in Haft genommen wurde.

Vermischtes.

Geständnis des österr. Oberleutnants Hofrichter.

Oberleutnant Hofrichter hat, wie schon gemeldet, gestern nachmittag im Garnisongericht zu Wien ein Geständnis abgelegt.

Die Szene, in der Hofrichter sein Geständnis ablegte, spielte sich laut „B. T.“ folgendermaßen ab: Oberleutnant Hofrichter hat gestern nachmittag, vor den die Untersuchung führenden Majorauditor Kunz geführt zu werden, wo er in sehr aufgeregtem Zustande das Geständnis nur stichweise vorbringen konnte: „Ich bin der Mörder der Giftdiener. Um wieder in den Generalstab zu gelangen, habe ich mich entschlossen, einen Anzahl Generalstabsoffiziere durch Zurechtwischen von Brandkugeln zu vergiften. Ich glaubte, so die Karriere im Generalstab wieder erlangen zu können.“ Nach einer Pause fügte Hofrichter dann noch hinzu: „Mittagessen für mich war auch die Dose zu meiner Frau.“ Als der Frau eines Generalstabsoffiziers wollte ich ihr ein sorgenfreies Leben sichern.“ Nach diesem Geständnis, das Hofrichter auf das tiefste erschütterte hatte, wurde ihm Ruhe gegönnt, und er wurde wieder in seine Zelle geführt.

Von dem Geständnis Hofrichters wurde sofort der Kaiser in Kenntnis gesetzt. Bekanntlich hätte Hofrichter, wenn er nicht gefangen hätte, nach der noch jetzt geltenden alten Militärstrafprozedur nicht zum Tode verurteilt werden können. Dagegen kann jetzt, nachdem er das Geständnis ablegte, eine Verurteilung zum Tode erfolgen.

Schon vor einigen Monaten hatte das gegen Hofrichter vorliegende Tatbestandsmaterial ergeben, daß ein Einschreiten der Behörden gegen Frau Hofrichter wegen ihrer Aussagen in der Affäre ihres Mannes notwendig sei. Wegen ihrer Schwangerschaft wurde Frau Hofrichter aber verschont. In der letzten Woche hielt sie sich in Linz auf, um ihren eigenen Haushalt aufzulösen. Nach dem Geständnis ihres Gatten wurde ihre Rückkehr, die gestern abend um 8 Uhr erfolgte, polizeilich überwacht. Frau Hofrichter wurde dann polizeilich untersucht, ob sie vernehmungsfähig sei und heute früh wurde sie um zwei Defektlos zum Verhör abgeholt, die ihr letzten, sie solle sich nicht aufregen, es sei nichts von Bedeutung, es würden ihr nur eine Reihe von Fragen vorgelegt werden, deren Beantwortung sie vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmen könnte. Mit ihr erschien ihre Mutter. Die beiden Damen waren in tiefster Trauer zu erleben. Um zwei Uhr dauerte der Verhör immer noch fort. Frau Hofrichter soll eine Erklärung der Widerprüch geben, die sich zwischen ihren Aussagen und dem Geständnis ihres Gatten ergäbe.

Frau Hofrichter selbst wurde erst vor Beginn ihres Verhörs von dem Geständnis ihres Gatten in Kenntnis gesetzt. Sie nahm diese Mitteilung mit einer ziemlichen Ruhe und ohne sonderliche Ueberrassigung auf, als ob sie mit diesem Geständnis schon seit längerer Zeit gerechnet hätte.

Aus der Vorgeschichte der Affäre Hofrichter.

Mit dem Geständnis des Oberleutnants Hofrichter geht eine Kriminalaffäre zu Ende, die wie schon eine zweite Aufsehen und Erregung nicht nur in allen Bevölkerungskreisen der österreichisch-ungarischen Monarchie, sondern auch über deren Grenzen hinaus hervorgerufen hat. Mitte November vorigen Jahres erhielten zwei Wiener Generalstabsoffiziere Briefe, in denen ihnen ein Mittel zur Verewertigung empfohlen und gleichzeitig eine Kopfbreite davon überreicht wurde. In dem Schreiben, das von einem angeblichen Charles Francis (Wien) herrührte, erklärte der Absender, es handle sich um ein ganz neuartiges Mittel, das als das vollkommenste dieser Art und von ersten Fachleuten empfohlen, höchst wesentlich und ganz unerschöpflich sei. Einer der Empfänger dieser Sendungen, Generalstabsoffiziermann Haber, zeigte dem Brief seinen Kameraden und las ihn vor. Wenige Stunden später wurde der Offizier in seiner Wohnung tot aufgefunden. Man glaubte erst an einen Selbstmord, dann erinnerte man sich an das „Verewertigungsmittel“, und bald war festgestellt, daß es sich um ein furchtbares Gifttentativ handelte, dem zehn Generalstabsoffiziere zum Opfer gefallen sollten. Die Wiener Militär- und Polizeibehörde eröffnete ungeachtet einer umfassen und eifrige Untersuchung des Falles. Zunächst dachte man an ein politisches Attentat. Schon acht Tage später aber sah Oberleutnant Hofrichter unter der Anführung des Giftmordes in Haft. Man hatte ihm vorher vergeblich Gelegenheit geboten, seine Tat an sich selbst zu führen. Er leugnete und suchte mit bester Fähigkeit alle gegen ihn ins Treffen geführten Beweise zu entzweien. Dann simulierte er religiösen Wahnsinn, unternahm einen Suizidversuch aus dem Militärgefängnis und beschloß den ihn bewachenden Pfosten, der beschloß ins Gefängnis manderte und damit seine Charge verlor.

Ein „empfehlenswertes“ Krankenhaus. Haarsträubende Zustände im Petersburger Obduktionshospital deckte eine Kommission der Petersburger Stadtwirtschaft auf. Entsetzlich ist die Lage der Alkoholiker. Die Patienten fanden teilweise auf dem Flur. 500 Kranke haufen in schmalen Bretterbaracken. Das Bodengemise ist gleichgültig düffel. Auf Flächen und über das Bett trohen Wanzen und Käse. Die Kommission war von dem Geschehen so entsetzt, daß sie — von einer weiteren Revision Abstand nahm.

Eine Felsenpost vom „Prins Willem II.“ dem holländischen Dampfer, der seit längerer Zeit verhaselt ist, wurde jetzt aufgefunden. An den nördlichen Strand der holländischen Insel Texel wurde, nachdem eine Fische angepisst, die nachfolgende, mit Blei nicht gefüllte Postkast enthielt: „Gott heil, wir gehen unter.“ In Bord Dampfer „Prins Willem II.“ v. v.“ Die Anfahrten Lebensgefährliche, das man von dem unglücklichen Todesamer kommen hat, und ein Zufall fügte es, daß es gerade die holländische Küste erreichte.

Letzte Nachrichten.

Das Zentrum in Opposition.

H. Berlin, 29. April. Die „Germania“ schreibt heute über die Annahme der Wahlrechtsvorlage:

In der Fassung, wie sie heute vom Herrenhauser angenommen wurde, ist die Wahlrechtsvorlage für die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses unannehmbar. Wir müssen uns eine eingehende Begründung der abweichenden Stellungnahme des Zentrums zu den heutigen Beschlüssen des Herrenhauses vorbehalten und uns für heute darauf beschränken, die allgemeinen Gesichtspunkte kurz her vorzuheben, von denen die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses sich bei ihrer Stellungnahme zur Reform des Wahlrechts in Preußen leiten läßt. Jede erhebliche Verbesserung des Wahlrechts ist anzustreben, jede Verschlechterung desselben abzulehnen.

Abendigung des Abgeordnetenhauses. H. Berlin, 29. April. Das Abgeordnetenhause verhandelte heute über das Kapitel Medizinalverwaltung und technische Unterrichtsweisen und erledigte beide Kapitel. Darnach ging man zur Beratung des Apothekenwesens über.

Ein ungekreter Beamter. H. Frankfurt a. M., 29. April. Der 33jährige Kassierer der Mitteldeutschen Kreditbank Heinrich Wilhelmhardt wurde wegen Unterschlagung von ca. 600 000 Mk. begangen in den Jahren 1900—1909, zu 3½ Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Folgeschwerer Zusammenstoß. H. München, 29. April. Der Einjährig-Freiwillige August Beete fuhr gestern mit seinem Motorrad den gefährlichen Wolfarthshäuser Berg hinab und stieß in scharfen Tempo mit einem ihm entgegenkommenden Automobil zusammen. Er wurde in weitem Bogen von seinem Rad geschleudert und blieb, lebensgefährlich verletzt, bewußtlos liegen.

Ein Erfolg deutscher Kolonialpolitik.

H. Brüssel, 29. April. Der Haupterfolg des Ereignisses der Grenzregulierungskonferenz zwischen Deutschland und Belgien, das die Sultanat Ruanda ungeteilt für die deutsche Kolonie verbleibt. Der Besitz des rechten Ufers des Ruizi und des Kioni sichert Deutschland die Schiffahrt in diesen Gewässern. Das Resultat ist für die deutsche Kolonie von großer Bedeutung, da gerade diese Landstrichen sehr fruchtbar sind und ihre Bevölkerung sehr intelligent ist.

Ein klüchter Ballon. H. Brüssel, 29. April. Der Auggelballon „L'Europe“ dem belgischen Luftschiffer Gustave ist heute, während man mit seiner Füllung beschäftigt war, von einem Windstoß erfasst und abgetrieben worden. Der Ballon war ohne Besatzung.

Der 1. Mai in Paris.

W. Paris, 29. April. Die Regierung hat energische Maßregeln getroffen, um am 1. Mai die Arbeiter zu verhindern. Die Arbeiter der Pariser Industrie haben die Arbeit nicht eingestellt. Sie sind in höchste Erregung. Einer der Führer erklärte: „Es ist uns gestattet worden, am 1. Mai uns auf dem Plätzen der Bois de Boulogne zu versammeln. Wir können aber dort nicht übermachten. Wir müssen früher oder später nach Paris zurückkehren. Wir werden es ohne Lärm tun, aber wir werden uns nicht daran hindern lassen. Wir werden die Ordnung herausfallen lassen, als die lange Reihe von Streikstreikern, die von dem Rennen von Longjumeaux nach der Stadt zurückkehren. Wir wollen uns nicht schlagen. Wir wollen den 1. Mai als ein Fest, nicht als eine Schlacht feiern. Wenn ein fremder Herrscher nach Paris kommt, beistigt sich die Regierung, einen Triumphzug anzuordnen, wenn aber das souveräne Volk durch die Straßen ziehen will, dann will die Regierung nichts davon wissen. Nun, wir werden uns ohne ihre Erlaubnis zu behelfen müssen.“

Berlin, 29. April. Der hiesige Magistrat beschloß, Theodore Roosevelt bei seinem Besuch in Berlin zur Besichtigung der städtischen Anstalten einzuladen.

Unterhaltungsblatt.

Der Brennende Berg. Von Hans Strobl. (Fort.)

Abdruck. Von Hans von Grotte. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Volkow; für den Feuilleton: J. W. Martin Feudtweanger; für den Inseratenteil: Friedrich Endzlar; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.